

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **47 (1967-1968)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

GROSSBRITANNIENS DRANG NACH EUROPA

Am 2. Mai hat der britische Premierminister vor dem Unterhaus den Entschluß seines Kabinetts verkündet, erneut bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein *Beitritts-gesuch* einzureichen und damit die Verhandlungen wieder aufzunehmen, die anfangs 1963 nach dem Veto des französischen Präsidenten *de Gaulle* brüsk abgebrochen worden sind. Am 11. Mai hat das Parlament Wilson mit der überwältigenden Mehrheit von 488 gegen 62 Stimmen das Placet zu seinem Schritt erteilt, und am folgenden Tag wurde das Gesuch formell in Brüssel überreicht. Am 16. Mai hat *de Gaulle* in seiner Pressekonferenz bereits eine vorläufige Antwort auf den britischen Vorstoß erteilt, indem er nachdrücklich die Schwierigkeiten hervorhob, die einer Mitgliedschaft Großbritanniens beim Gemeinsamen Markt entgegenstünden und damit in unmißverständlicher Weise dargetan, daß er keineswegs geneigt ist, von seinem vor vier Jahren ausgesprochenen Nein abzurücken.

Wilson's Motive

De Gaulles Haltung bedeutet keine Überraschung. Es hat in den letzten Wochen und Monaten keinerlei Anzeichen dafür gegeben, daß er seine Meinung im Hinblick auf eine Erweiterung der EWG durch die Aufnahme Großbritanniens in irgendeiner Weise geändert habe. Premierminister Wilson und Außenminister Brown haben zwar nach Abschluß ihrer Reise durch die Hauptstädte der Sechs geflissentlich versucht, Optimismus zu verbreiten und *de Gaulles* Einfluß sowohl innerhalb seines eignen Landes wie innerhalb des Gemeinsamen Marktes zu bagatellisieren. Nun kam, bloß vier Tage nach der Überreichung des Beitritts-gesuches, die kalte

Dusche aus Paris, und die Frage drängt sich auf, was Wilson veranlaßt hat, in der Integrationsfrage plötzlich ein übereiltes Tempo anzuschlagen.

Die Motive des Premiers sind nicht ganz klar durchschaubar. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, wenn man *innenpolitisch-taktische Überlegungen* in den Vordergrund rückt. Wilson wollte offensichtlich das EWG-Problem so rasch als möglich noch zu Beginn seiner Legislatur durchexerzieren, um genügend Zeit zu haben, einen Rückschlag zu überwinden. Er hat sich deshalb alle Möglichkeiten offen gelassen, Alternativen angedeutet und von vornherein erklärt, daß eine Mitgliedschaft Großbritanniens bei der EWG zwar die beste der denkbaren Lösungen, aber keinesfalls die einzige sei. Zwei feste Termine haben Wilson möglicherweise veranlaßt, sein Beitritts-gesuch durchzusetzen: die Pressekonferenz *de Gaulles* vom 16. Mai und die auf Ende Mai angesetzte Gipfelkonferenz der Sechs in Rom. Von beiden Ereignissen hatte er — wie die Erklärungen *de Gaulles* zeigten, zu Recht — *negative Auswirkungen* auf das Beitritts-gesuch zu erwarten, die sich zweifellos auch im Abstimmungsergebnis im Parlament niedergeschlagen hätten. So wählte er den Weg des Überrumpelungsmanövers, um rasch in Kontakt mit der Wirtschaftsgemeinschaft zu kommen und gleichzeitig vom Parlament ein Mandat zu erhalten, das ihm eine starke Position bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Brüssel sichert. Ob die Rechnung des britischen Premiers schließlich aufgeht, steht freilich auf einem andern Blatt; aber Wilson vertraut seinem Glück und seinem taktischen Geschick, die ihm in der Vergangenheit so große Erfolge verschafft und es ihm innerhalb weniger Jahre ermöglicht haben, die Labourpartei aus ihrer

hoffnungslosen Oppositionsstellung heraus an die Macht zu führen und ihr eine komfortable Mehrheit im Unterhaus zu verschaffen.

Die Suche nach dem größeren Markt

Abgesehen von diesen kurzfristigen und taktisch bedingten Motiven besteht für Großbritannien in der gegenwärtigen Situation die fast zwingende Notwendigkeit, sich einem größeren Markt anzuschließen. Die Bindungen an das Commonwealth lockern sich immer mehr, ein engerer Anschluß an die Vereinigten Staaten von Amerika birgt für England die Gefahr, zum Trabanten des großen Partners herabzusinken; allein auf sich gestellt aber ist Großbritannien zu schwach, seine Macht in altgewohnter Weise zur Geltung zu bringen. So setzt es nun auf die Karte Europa — ein «gigantisches Spiel», wie die EWG-Gegner in Großbritannien sagen — und legt sich seine *Zukunftsvision* eines geeinten Europa zurecht, das als gleichberechtigter Partner neben den andern großräumigen, wirtschaftlich wie politisch starken Supermächten bestehen und den Gang der internationalen Politik beeinflussen könnte. Ohne Zweifel ist das in *großen Perspektiven* gedacht. Wilson wie Brown, der eigentliche Inspirator der britischen Europapolitik, waren in der EWG-Debatte bisher eifrig bemüht, diese großen Linien zu skizzieren und die vielen Hindernisse wirtschaftlicher wie politischer Art, die sich einer solchen Entwicklung entgegenstellen, mit Schweigen zu übergehen. Ihr Appell, daß es sich für Großbritannien um einen *säkularen Entscheid* handle, bei dem im Interesse des «grand design» anfängliche Schwierigkeiten wie steigende Lebenskosten, ungünstige Auswirkungen auf die Stellung des Pfundes, Abrücken von den Ländern des Commonwealth und so fort in Kauf genommen werden müßten, hat die Zustimmung des Parlaments gefunden. Die wenigen Wochen seit Überreichung des britischen Beitritts-gesuches in Brüssel haben jedoch bereits gezeigt,

daß durch ein Verschweigen der Schwierigkeiten diese nicht aus der Welt geschafft werden können und daß, trotz der Eile, mit der Großbritannien plötzlich nach der EWG drängt, noch ein weiter Weg zu dem geeinten Europa zurückzulegen ist, wie es Wilson und Brown vorschwebt.

Der Erfolg der Kennedy-Runde

Daß es, in kurzfristigeren und konkreteren Perspektiven, auch noch andere Wege gibt, die drohende *Aufspaltung Europas* in zwei Integrationszonen zu verhindern als die bedingungslose Übernahme der Römer EWG-Verträge, hat der Ausgang der Kennedyrunde gezeigt. Sie hat nach mehrjährigen schwierigen Verhandlungen mit einem eindrucklichen Erfolg geendet. Zwar sind die hochfliegenden Ziele, die Präsident Kennedy vorschwebten, als er 1962 das Startzeichen für diese Gespräche gab, nicht im vollen Umfang erreicht worden. Was aber in Genf ausgehandelt worden ist, bedeutet einen großen Schritt nach vorn zur *Liberalisierung des Welthandels*. Die erreichten Zollreduktionen — nach Expertenschätzungen zwischen 30 und 40 Prozent — machen das maximal Mögliche aus, wenn man bedenkt, wie groß der Kreis der Teilnehmerstaaten war und was für divergierende Interessen unter einen Hut zu bringen waren. Daß unser Land allen Anlaß hat, diesen positiven Ausgang der Kennedy-Runde zu begrüßen, die einen Durchbruch zu einer wesentlich freiheitlicheren Gestaltung des internationalen Handels gebracht hat, sei nur beiläufig vermerkt.

Umsturz in Griechenland

Zur gleichen Zeit, da in Westeuropa die Versuche zu einem engeren Zusammenschluß intensiviert werden, hat sich am Südostrand des Kontinents ein Umsturz ereignet, der auch in der westlichen Welt die Gemüter stark bewegt hat und drohende Schatten auf die Zukunftsvisionen

eines einigen Europa wirft. Im Morgenrauen des 21. April haben in Athen *putschierende Offiziere* die Macht übernommen, in einem Handstreich sowohl die legale Regierung aus ihrem Amt entfernt wie den König überrumpelt und schließlich widerwillig zur Anerkennung des *Fait accompli* gezwungen. Damit hat die Krise in Griechenland, die seit dem 15. Juli 1965 schwelt, als König Konstantin den Ministerpräsidenten Papandreou seines Postens enthob, ihren Höhepunkt erreicht. Den Urhebern des Staatsstreiches ging es vor allem darum, die auf den 28. Mai angesetzten Wahlen, von denen sie einen Sieg der Linken befürchteten, zu verhindern. Das ist ihnen gelungen. Wie weit die Offiziere, wie sie behaupten, tatsächlich einer kommunistischen Bedrohung zuvorgekommen sind, ist schwer abzuschätzen. Das Regime, das sie zu errichten im Begriffe sind, droht nun freilich rasch ins andere Extrem abzugleiten. Mit der äußerlichen Wiederherstellung der Ordnung ist es nicht getan. Solange das neue Regime mit rigorosen Unterdrückungsmaßnahmen gegen politische Gegner vorgeht und sie interniert, solange es durch drastische Zensurverfügungen die freie Meinungsbildung unterdrückt, beweist es, daß es nur die Symptome, nicht aber die Ursachen der innenpolitischen Krise bekämpft. Für das ohnehin gelockerte westliche Verteidigungsbündnis bedeutet die unsichere Lage in Griechenland eine weitere Belastung seiner prekären Südostflanke.

Zuspitzung im Nahen Osten

Die Sicherung des Friedens am Nordrand des östlichen Mittelmeers erscheint um so dringlicher, als die latenten Spannungen im Nahen Osten plötzlich eine neue Zuspitzung erfahren haben. Die *arabischen Staaten*, ihnen voran Ägypten, sind gegen Israel aufmarschiert. Die Sprache der Araber klingt bedrohlich. Es ist Nasser gelungen, die UN-Friedensstreitkräfte, die seit der Suezkrise an der ägyptisch-

israelischen Grenze einen Puffer zwischen den feindlichen Parteien bildeten, zu entfernen und damit ein wichtiges Hindernis für eine Aktion gegen Israel aus dem Weg zu räumen. Im Gazastreifen haben sich bereits die Mitglieder der arabischen Palästinensischen Befreiungsorganisation etabliert und sich gewissermaßen das Sprungbrett für weitere Vorstöße gesichert.

Die Pläne Nassers sind noch nicht zu durchschauen. Manches spricht dagegen, daß er tatsächlich jetzt eine Konfrontation mit Israel sucht. Es ist ihm gelungen, durch sein entschlossenes Auftreten einen *Prestigegewinn* innerhalb der arabischen Welt zu erringen, den er sicherlich nicht leichtfertig wieder aufs Spiel setzen möchte. Nasser hat nicht nur den Abzug der UN-Truppen aus dem Territorium der Vereinigten Arabischen Republik erzwungen und damit die volle Souveränität über sein Land hergestellt, er hat auch seine Feinde im arabischen Lager, *Jordanien* und *Saudi-arabien*, zum Mitgehen gezwungen und fühlt sich seiner Sache so sicher, daß er ihre Solidaritätsbeteuerungen mit verachtungsvollem Schweigen übergehen kann. Vieles spricht dafür, daß Nassers Nahziel bei der nun ausgelösten Aktion die Sicherung seiner Position als des *unbestrittenen Führers* der Araber ist. Er hat seinen Erfolg mit verhältnismäßig geringem Risiko errungen; ein offener Krieg mit Israel könnte alles wieder zerstören.

Das kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Spannung im Nahen Osten einen Grad der Intensität erreicht hat wie nicht mehr seit 1956. Man hat sich in den letzten Jahren zwar daran gewöhnt, daß im Nahen Osten hart und entschlossen geredet, aber weniger hart und entschlossen gehandelt wird. Das schließt jedoch nicht aus, daß aus diesem Spiel mit dem Feuer plötzlich Ernst wird und die Entwicklung jenen, die diese Zuspitzung der Krise heraufbeschworen haben, aus der Hand gleiten könnte. Der politische Zündstoff, der seit Jahren im Orient gelagert ist, eignet sich wenig zum Experimentieren.

Fabius

Bewegung in der Integrationspolitik

Auch die schweizerische Innenpolitik stand in den letzten Wochen im Banne von zwei Ereignissen, die für die weitere Entwicklung der europäischen Integration und damit auch für das wirtschaftliche Gedeihen unseres Landes von weittragender Bedeutung sein werden: Am 10. Mai beschloß das englische Unterhaus mit überwältigendem Mehr, der EWG das Gesuch um Aufnahme Großbritanniens zu unterbreiten; und am Abend des 16. Mai, des Pfingstmontags also, kam in der sogenannten Kennedy-Runde, der weltweiten Anstrengung um eine Handelsliberalisierung im Rahmen des GATT, in letzter Stunde eine Einigung zustande, nachdem es noch kurz zuvor zu dramatischen Verwicklungen gekommen war, welche das Schlimmste befürchten ließen.

Beide Ereignisse berühren lebenswichtige Interessen unseres Staates. Der Entschluß der englischen Labourregierung, um Aufnahme in die EWG nachzusuchen, wird in jedem Fall zu einer integrationspolitischen Klärung führen. Je nach dem Schicksal dieser Initiative wird sich auch die Schweiz in absehbarer Zeit schlüssig werden müssen, ob, wann und in welcher Form sie das Verhandlungsgesuch von 1961 in Brüssel erneuern will. Bundesrat und Verwaltung stehen dieser neuen Lage übrigens nicht unvorbereitet gegenüber. Es sind seit langem ins einzelne gehende interne Abklärungen mit dem Zweck im Gange, zu Händen der zuständigen politischen Behörden die Entscheidungselemente zu sichten und alle nötigen Grundlagen zu erarbeiten.

Die Aussichten auf einen Erfolg des englischen Gesuchs müssen eher skeptisch beurteilt werden. Zwar wurde die Initiative Premierminister Wilsons im Parlament der sechs EWG-Staaten in Straßburg in einer sofortigen einstimmigen EntschlieÙung begrüÙt. Doch Präsident de Gaulle dämpfte

einige Tage später die Hoffnungen. Er zeigte sich nicht ganz so abweisend wie anfangs 1963, als er sein berühmtes Veto aussprach. Doch machte er ein weiteres Mal kein Hehl aus seinem Groll gegen die EFTA und ließ auch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es England sein würde, das sich anpassen müÙte, und nicht etwa die von ihm als «kontinentales» Gebilde empfundene EWG. Damit ist auch die Hoffnung nicht allzu groß, daß mit einem Eintritt Englands eine Strukturänderung der EWG erfolgen könnte, die es auch einem Land wie der Schweiz leichter machen würde, sich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzuschließen.

Um so bedeutungsvoller ist unter diesen Umständen das Gelingen der Kennedy-Runde. Nach mehr als vier Jahre dauernden Verhandlungen ist ein Abkommen erreicht worden, das zu weltweiten Zollsenkungen führen wird. Ihr Ausmaß dürfte im Durchschnitt zwischen 30 und 40 Prozent liegen. Es wird ein Handelsvolumen von rund 40 Milliarden Dollar erfaÙt, was ungefähr einem Drittel des Welthandelsvolumens der Industriestaaten und einem Viertel des gesamten Welthandelsvolumens entspricht. Auf Grund der im GATT angewendeten Meistbegünstigungsklausel werden mehr als 70 Staaten von diesem Abkommen profitieren.

Unter integrationspolitischem Gesichtspunkt verdient vor allem hervorgehoben zu werden, daß damit auch die Zollmauer zwischen EWG und EFTA automatisch um etwa einen Drittel abgetragen wird. Das Problem des «Grabens» zwischen diesen beiden Blöcken ist damit zwar nicht aus der Welt geschafft, aber doch merklich gemildert. Es darf auch registriert werden, daß das Verhandlungsklima in Genf zwischen der EWG und unserem Lande recht freundlich war. Damit zeichnet sich eine gewisse Entspannung ab, für die man im Hinblick auf kommende Entwicklungen nur dankbar sein kann.

Doch ein Testfall!

Als der Landesring der Unabhängigen bei den Zürcher Kantonsratswahlen vom 9. April einen für schweizerische Verhältnisse außerordentlichen Wahlerfolg errang — er vermochte seine Vertretung von 18 auf 31 Mandate zu erhöhen —, ging ein großes Rauschen durch den eidgenössischen Blätterwald. Ist das Zürcher Ergebnis ein schlüssiger Testfall im Vorfeld der Nationalratswahlen oder stellt der Wahlsieg des Landesrings doch eher ein «Lokalereignis» dar, entsprechend der besonders starken Stellung dieser Partei in der schweizerischen Wirtschaftsmetropole? Das war die Frage, welche die politischen Auguren vor allem beschäftigte.

Der erste Maisonntag brachte eindeutige Klarheit in dieser Frage. Denn an diesem Tag wählte mit Luzern ein eidgenössischer Stand sein Parlament, der in seiner Mischung von städtischen, halbstädtischen und ausgeprägt ländlichen Regionen wie mit seiner Wirtschaftsstruktur einen schweizerischen «Normalkanton» verkörpert und damit in seinen politischen Reaktionen als repräsentativ gelten darf. Das Resultat kam trotz zum vorneherein eher pessimistischen Prognosen aus dem Kreis der traditionellen «Regierungsparteien» einer kleinen Sensation gleich. Es gelang nämlich dem Landesring auch hier, eine deutliche Bresche in die Phalanx der traditionellen Parteien zu schlagen. Auch hier verfiel sein erfolgreiches Zürcher Rezept, das Unbehagen um die «Kompromißdemokratie» hochzuspielen und «Heiße Eisen» der eidgenössischen Politik wie die Teuerung propagandistisch auszuschlachten. So vermochte er seine Mandatszahl von 5 auf 12 zu erhöhen.

Das Resultat muß den Regierungsparteien zu denken geben. Es ist offensichtlich, daß ein weitverbreitetes Verlangen nach Opposition besteht, auch wenn diese Opposition weit davon entfernt ist, andere Lösungen anbieten zu können. Da gleichzeitig manche Gruppen der bürgerlichen Stammwählerschaften im Gefolge der verschiedenen wirklichen oder

vermeintlichen «Affären» verärgert sind und darum vielfach zur Stimmenthaltung neigen, zahlt sich dieser Zug zur Opposition für eine Partei mit so großen propagandistischen Mitteln, wie sie die «Migros»-Partei besitzt, besonders stark aus.

Es dürfte für die Regierungsparteien schwerhalten, diesen Trend zur «Opposition als Selbstzweck» noch vor den Nationalratswahlen auch nur einigermaßen aufzufangen. Wahrscheinlich wird er in so bewegten politischen Zeiten wie den unserigen ständige Begleiterscheinung bleiben. Er kann nur dann eingedämmt werden, wenn es gelingt, unsere «Konkordanzdemokratie» noch leistungsfähiger zu machen. Darüber hinaus muß alles getan werden, um den politischen Flugsand unter der Stimmbürgerschaft wieder näher an die praktische Politik heranzubringen. Das «Malaise» ist vielfach eine bloße Folge mangelnder Vertrautheit mit dem Wesen unserer politischen Entscheidungsbildung.

Überraschung an der Glarner Landsgemeinde

Wenn in den letzten Jahren in der schweizerischen Öffentlichkeit die Einführung des Frauenstimmrechts diskutiert worden ist, so zeigte es sich regelmäßig, daß der Widerstand in den Landsgemeindekantonen jeweils besonders stark war. Denn die Anhänger dieser Urform der Demokratie befürchteten, daß die Einführung des Frauenstimmrechts unausweichlich mit der Preisgabe der Landsgemeinde verbunden sein müßte.

Nun haben sich die Glarner überraschend über diese Bedenken hinweggesetzt und wenigstens das partielle Frauenstimmrecht eingeführt. Am ersten Maisonntag, dem traditionellen Landsgemeindetag, entschied sich nach langer Redeschlacht eine allerdings knappe Mehrheit — es mußte zweimal «gemehrt» und «gemindert» werden, um zu einer zuverlässigen Schätzung des Stimmenverhält-

nisses zu kommen — zugunsten einer politischen Aktivierung der Frauen. Sie werden künftig in den Schul-, Fürsorge- und Kirchgemeinden stimm- und wahlberechtigt sowie in die Waisenämter wählbar sein. Nach dem Rückschlag der Frauenstimmrechtsbewegung in der Zürcher Abstimmung vom vergangenen Jahr dürfte dem Glarner Entscheid beträchtliches psychologisches Gewicht zukommen.

Vom «Abhör»- zum Presseskandal

Als am 22. September 1966 die Meldung durch die Presse ging, daß sich eine fremde Stimme in das telephonische Konferenzgespräch eingeschaltet habe, welches von sechs Zeitungsredaktionen mit dem Zürcher A. Hochmann über dessen Vorschlag eines Systems von Kleinumsetzern für Fernsehprogramme abgehalten worden war, wurde von verschiedenen Zeitungen stimmgewaltig Alarm geschlagen. Unter dem Stichwort «Bern hört mit!» wurden Bundesrat und Bundesverwaltung mit schwersten Vorwürfen überschüttet. Der «Abhörskandal» löste sogar zwei parlamentarische Vorstöße aus. Ein Dementi aus Bern wurde flugs unter den Tisch gewischt. Nach einigem Zögern, das vielleicht psychologisch nicht allzu geschickt war, entschloß sich der Bundesrat darauf, eine administrative Untersuchung durchführen zu lassen.

Am 8. Mai wurden die Ergebnisse dieser Untersuchung, die einem Zürcher Staatsanwalt übertragen worden war, der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Das Resultat war derart, daß der Präsident des Vereins der Schweizer Presse, Dr. A. Thommen (St. Gallen), zur unmißverständlichen Feststellung gelangte, aus dem vermeintlichen «Abhörskandal» drohe ein Presseskandal zu werden: Die Untersuchung zeigte eindeutig auf, daß «Bern» *nicht* abgehört hatte; und sie ergab ferner mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, daß die fremde Stimme vom Redaktor einer beteiligten Zeitung stammte.

Der Vorfall ist symptomatisch für die Stimmung in einem Teil unserer Presse: Aus einer Mischung von Mißtrauen und Sensationsgier heraus wurde hier von verantwortlichen Publizisten ein Verdacht kurzerhand als «Tatsache» ausgegeben und dramatisch hochgespielt, die Beweislast wurde von den schnellfertigen Anklägern ohne jeden Versuch einer Erhärtung und Sicherung der Verdachtsmomente dem «Angeklagten» zugewiesen. Man muß hier wirklich von vernachlässigter Sorgfaltpflicht sprechen. Und man muß sich ferner fragen, wo solche Methoden letzten Endes hinführen. Das öffentliche Gespräch muß sich auf eine Presse stützen können, die der Informationspflicht auf saubere und zuverlässige Weise genügt; sonst geht es ins Bodenlose. Eine künstliche Produktion von «Malaise»-Stimmungen ist doch wohl das allerletzte, was wir brauchen!

Fortschritte im Nationalstraßenbau

Allmählich nimmt nun unser Nationalstraßennetz doch Gestalt an. Die allzu vielen im Bau befindlichen Einzelstücke beginnen da und dort zusammenzuwachsen. Eine der spektakulärsten Einweihungen erfolgte am 10. Mai in den Kantonen Aargau und Solothurn. Mit der Eröffnung des 36 Kilometer langen Stückes vom solothurnischen Oensingen bis zum aargauischen Hunzenschwil ist nun der größere Teil der Autobahnverbindung Bern-Zürich beendet; nicht weniger als 84 Kilometer lassen sich nun kreuzungslos und ohne Gegenverkehr abrasen oder abrollen — je nach dem Temperament und dem Verantwortungsgefühl der Autofahrer.

Bundesrat Tschudi gab in seiner Festrede bekannt, daß damit 38 Prozent des Gesamtnetzes in Betrieb sind, während sich weitere 22 Prozent im Bau befinden. Die finanzpolitischen Überlegungen, die er daran anschloß, sind nicht dazu angehtan, die eidgenössischen Sorgenfalten zu glätten: der Bund habe den Kantonen

bisher 1,7 Milliarden Franken für den Nationalstraßenbau vorgeschossen; auch in den nächsten Jahren würden die zweckgebundenen Einnahmen nicht zur Deckung des Bauprogramms ausreichen, es sei also mit weiteren Darlehen zu rechnen.

Bessere Straßen allein genügen nicht!

Wenn der bundesrätliche Sprecher weiter der Hoffnung Ausdruck gab, die wachsende Autobahn möge zu einer wesentlichen Senkung der Unfallziffern führen, so dämpften die Erfahrungen des Pfingstverkehrs diese optimistischen Erwartungen nur allzu schnell: Die Auffahrtskollisionen häuften sich gerade auf der Autobahn nach Bern in erschreckendem Maße. Es ist mit andern Worten unwahrscheinlich, daß die Verbesserung der Straßenverhältnisse allein

ausreicht, um dem Tod auf der Straße Einhalt zu gebieten.

Gemäß Unfallstatistik ist der Großteil der Unfälle durch menschliches Versagen bedingt: Mißachtung der Verkehrsregeln, Unachtsamkeit und mangelnde Voraussicht werden am meisten genannt, wobei der Alkoholeinfluß nach wie vor eine große Rolle spielt. Hier helfen nur bessere Überwachung des Verkehrs und vermehrte Überprüfung der Fahrtüchtigkeit von Fahrzeugen und Fahrern. Wenn man bedenkt, daß in unserem Lande alle sechs Stunden ein Mensch auf der Straße das Leben verliert, während alle 16 Minuten ein Straßenbenützer schwer verletzt wird, so wird sofort deutlich, daß hier eine öffentliche Aufgabe vorliegt, die weit energischer als bisher angepackt werden müßte.

Spectator

